



Niederschrift

über die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 18.09.2013

Sitzungsort: großer Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Schumacher, Klaus Bürgermeister

CDU-Fraktion

Büsse, Ernst-Joachim Dr.	1. stellv. Vorsitzender
Schell, Georg	Ratsmitglied
Lienesch, Sascha	Ratsmitglied
Grzeszkowiak, Axel	Ratsmitglied
Weber, Helmut	Ratsmitglied
Willenberg, Frank	Ratsmitglied
Lemmer, Günter Dr.	Ratsmitglied vertretend

SPD-Fraktion

Knülle, Marc	2. stellv. Vorsitzender
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Bergmann-Gries, Jutta	Ratsmitglied
Diekmann, Gerhard	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied
Kammel, Jürgen	Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
------------------	--------------

Protokollführer

Holland, Günther

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Feld-Wielpütz, Claudia Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken	Dez. III
Herr Gleß	Dez. IV
Frau Krumm	FB 0
Herr Müller	FD 1/10
Herr Rupp	FB 2
Herr Parpart	FB 4
Herr Knipp	FD 6/10
Herr Weiser	FB 9
Herr Kasper	BNU
Frau Stocksiefen	BRB
Frau Eschelbach	RD
Herr Fey	RPA
Herr Neß	SD
Herr Bastian	WBF
Herr Hennecken	ZV

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. 13/0214 Bestellung eines Schriftführers
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.05.2013
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.05.2013 gefassten Beschlüsse
5. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 22.05.2013
- 5.1. 13/0110 Wohnungspolitischer Bericht 2011 / 2012
6. 13/0251 Änderung des Stellenplanes
- 6.1. 13/0268 Benehmensherstellung gem. § 55 Abs. 1 Kreisordnung NRW hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlagesatzes im Zusammenhang mit dem geplanten Anteilsverkauf an der rhenag
7. Anträge der Fraktionen
- 7.1.1. 13/0257 Rekommunalisierung der Energieversorgung vs. Beteiligung des Kreises am privatwirtschaftlichen Energiekonzern
SPD-Fraktion
8. Anfragen und Mitteilungen
- 8.1. Anfragen

8.1.1. 13/0154 Wiederverwertung gebrauchter Grabsteine

SPD-Fraktion

8.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 15.05.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 15.05.2013 gefassten Beschlüsse
4. Bestätigung von Beschlussempfehlung der Ausschüsse Feuer- und Zivilschutzausschuss vom 17.09.2013
 - 4.1. 13/0239 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs LF 20 für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin; Auftragsvergabe
 - 4.2. 13/0267 Ausbau eines GWG Fahrzeugs auf Ruthmann Cargo-Loader; Auftragsvergabe
5. 13/0250 Verkauf einer Grundstücksfläche in der Kapellenstraße in Hangelar
6. 13/0252 Energetische Stadtsanierung; Erstellen von integrierten Quartierskonzepten; hier: Auftragsvergaben zur Erstellung von 2 Sanierungskonzepten für die Siedlungen 'Spichelsfeld' und 'Berliner Straße'
7. Anträge der Fraktionen
8. Anfragen und Mitteilungen
 - 8.1. Anfragen
 - 8.2. Mitteilungen

Auf Vorschlag des Bürgermeisters herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass der nicht öffentliche Teil vorgezogen wird und die Sitzung damit um 19.00 Uhr beginnt. Die Protokollierung erfolgt jedoch in der in der Einladung ausgedruckten Tagesordnung.

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Der Bürgermeister wies auf den Nachtrag zur Tagesordnung hin. Die Vorlage zu **TOP 6.1** „Benehmensherstellung gem. § 55 Abs. 1 Kreisordnung NRW hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlagesatzes im Zusammenhang mit dem geplanten Anteilserwerb an der rhenag“ wurde als Tischvorlage verteilt. Gleichzeitig schlug der Bürgermeister vor, dass bei der Beratung über diesen TOP auch der TOP 7.1 mit in die Beratung einbezogen werden sollte. Hierüber herrschte Einvernehmen im Ausschuss.

2	13/0214	Bestellung eines Schriftführers	BRB Bericht bis 11.11.2013
---	---------	--	---

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Gem. § 52 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 GO NRW wird Herr Günther Holland zum ständigen Schriftführer des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sankt Augustin bestellt.

einstimmig

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.05.2013	
---	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

4		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.05.2013 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

5		Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 22.05.2013	
----------	--	--	--

5.1	13/0110	Wohnungspolitische Bericht 2011 / 2012	FB 4
------------	----------------	---	-------------

Frau Bergmann wies in ihren Ausführungen daraufhin, dass in einer der vorherigen Sitzungen des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration das sowohl Vertreter der Sankt Augustiner als auch der Kreiswohnungsbaugesellschaft anwesend waren und zur ihren jeweiligen Strategien, Ausrichtungen, Größenordnungen etc gesprochen hatten. Weiter führte sie aus, dass aus ihrer Sicht mehr Sozialwohnungen gebaut werden müssten, zumal auch dieser Bericht aufzeigt, dass mehr kleinere und größere und preiswertere Wohnungen gebaut werden müssten. Ferner erinnerte sie an die Aussagen dieser Vertreter, dass wenn sie über Grundstücke verfügen würden, könnten in den nächsten zwei Jahren rd. 80 geförderte Wohnungen in Sankt Augustin gebaut werden. Dies sei eine Größenordnung, auf die Sankt Augustin in den kommenden Jahren vielleicht angewiesen seien könnte. Daher schlug sie vor, dass dieser Ausschuss und / oder die Wirtschaftsförderungsgesellschaft über geeignete Formen von Wohnungsvorratspolitik nach denken sollten, um hier gegebenenfalls Möglichkeiten zu erschließen.

Protokollnotiz:

Der Wohnungspolitische Bericht liegt den Fraktionen vor.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den beiliegenden Bericht über das wohnungspolitische Engagement der Stadt Sankt Augustin 2011/2012 zur Kenntnis

zur Kenntnis genommen

6	13/0251	Änderung des Stellenplanes	FB 0 Bericht bis 11.11.2013
----------	----------------	-----------------------------------	--

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan 2013 wie folgt zu ändern:

1. Anhebung von 2 Stellen

Fachbereich Finanzen, 1.02.10 Kämmerei und Steuerverwaltung

Arbeitsplatz-Nr.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
02.10/2	Sachbearbeiter/in	A 10	A 11

Fachbereich Tiefbau, 4.07.40 ZABA

Arbeitsplatznummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
07.40/18	Reinigungskraft	EG 1 (31 Stunden)	EG 2 (31 Stunden)

2. Einrichtung von 8 Stellen

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.40 Tagesbetreuung von Kindern; 3.05.49 Vertretungspool sozialpädagogische Fachkräfte

Arbeitsplatznummer.	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.49/1	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/2	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/3	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/4	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/5	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/6	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/7	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.49/8	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01

3. Einrichtung von 2 k.u. Vermerken im Fachbereich Finanzen

Fachbereich Finanzen, 1.02.10 Kämmerei und Steuerverwaltung

Arbeitsplatznummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
02.10/5	Sachbearbeiter/in	A 9 m.D.	k.u. nach A 8 (künftig umzuwandeln)
02.10/11	Sachbearbeiter/in	A 9 m.D. (20,5 Stunden)	k.u. nach A 8 (20,5 Stunden) (künftig umzuwandeln)

einstimmig

6.1	13/0268	Benehmensherstellung gem. § 55 Abs. 1 Kreisordnung NRW hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlagesatzes im Zusammenhang mit dem geplanten Anteilserwerb an der rhenag	FB 2 Bericht bis 11.11.2013
------------	----------------	--	--

Es herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass gleichzeitig auch der TOP 7.1.1 mitbehandelt werden soll.

Zunächst teilte der Bürgermeister mit, dass er alle Fraktionen darüber unterrichtet habe, dass er als Bürgermeister die Benehmensherstellung gem. § 55 Abs.1 Kreisordnung NRW hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlage im Zusammenhang mit dem geplanten Anteilserwerb an der rhenag nicht herstellen wird.

Herr Knülle begrüßte in seinen Ausführungen ausdrücklich die vom Bürgermeister vorgetragene Haltung der Verwaltung. Weiter führte er aus, dass auch er der gleichen Auffassung sei, dieses Benehmen nicht herzustellen. Gleichzeitig verwies Herr Knülle auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Hier hob er in erster Linie hervor, dass sich der Kreistag verstärkt für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in den Kommunen des Kreises einsetzen sollte. Ferner regte er an, dass man die Solidarität unter den gleichgesinnten Kommunen herstellen sollte. Abschließend führte Herr Knülle aus, dass die Verwaltung zumindest inter prüfen sollte, ob gegebenenfalls gegen eine mögliche Entscheidung des Kreistages für den Ankauf der Aktien rechtliche Schritte eingeleitet werden können.

Herr Schell führte u.a. aus, dass er eine rein finanzielle Beteiligung aus heutiger Sicht auf jeden Fall ablehnen werde. Deshalb begrüßte auch er die Entscheidung des Bürgermeisters. Gleichzeitig erklärte Herr Schell, dass aufgrund der derzeitigen Situation und den bis heute vorliegenden Fakten seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Metz unterstützte in seinen Ausführungen inhaltlich die vorgelegte Verwaltungsvorlage zu dieser Thematik. Bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion führte Herr Metz aus, dass seine Fraktion dem so nicht zustimmen könne, zumal die Bezirksregierung aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dies sowieso prüfen müsste. Daher könne man die Bezirksregierung hierzu nicht auffordern dies zu tun. Abschließend trug Herr Metz folgenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Haupt- und Finanzausschuss unterstützt die Stellungnahme des Bürgermeisters der Stadt Sankt Augustin zu dem vorliegenden Nachtragshaushalt des Rhein-Sieg-Kreises und dem dahinter stehenden Kaufangebot von Rhenag-Aktien.“

Hierdurch würde aus seiner Sicht eine klare politische Positionierung deutlich.

Frau Bergmann-Gries unterstrich in ihren Ausführungen, dass ein derartiges Geschäft (Aktienkauf auf „Pump“) von keinem Kreistagsmitglied unterstützt werden sollte. Sie bat daher alle anwesenden Kreistagsmitglieder diesem Kauf nicht zu zustimmen.

Frau Jung bedankte sich zunächst für die ausführliche Beantwortung der FDP-Anfrage zu dieser Thematik. Weiter führte sie aus, dass die Begründung des Kreises zu diesem geplanten Ankauf sehr dürftig sei. So könne sie sich u.a. nichts unter der Aussage „Bereitstellung von 30 Mill. € für regenerative Projekte“ vorstellen (Was für Projekte? In welchem Umfang? etc.). Zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion führte sie aus, dass ihre Fraktion diesem so nicht zustimmen könne.

Abschließend schlug sie vor, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung noch um folgenden Satz ergänzt werden sollte:

„Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin unterstützt ausdrücklich die Ausführungen des Bürgermeisters bzw. der Verwaltung.“

Herr Köhler führte u.a. aus, dass auch seine Fraktion die Ausführungen des Bürgermeisters unterstützt. Zumal das Vertrauen in den Verhandlungspartner rhenag bezüglich der EVG (zu Verfügung Stellung des Netzes) nicht sehr groß sei. Des Weiteren könne er sich dem Vorschlag von Frau Jung anschließen, diese Ergänzung zum Beschlussvorschlag zu nehmen.

Zum SPD-Antrag führte Herr Köhler aus, dass aus seiner Sicht dieser Antrag seitens der SPD zurückgenommen werden sollte. Da unter Berücksichtigung der hier vorgetragenen Bedenken und da noch bis Dezember Zeit sei, könne dann dieser Antrag überarbeitet und gegebenenfalls erneut gestellt werden.

Herr Knülle teilte mit, dass auch seine Fraktion dem Zusatz von Frau Jung unterstützen werde.

Dann stellte Herr Knülle den Antrag, dass über die Punkte in dem Antrag seiner Fraktion separat abgestimmt werden soll, da er die hier vorgetragenen Bedenken nicht so sehe.

Auch Herr Schell begrüßte den Vorschlag von Frau Jung, den Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend zu ergänzen. Abschließend erklärte Herr Schell nochmals, dass seine Fraktion aus heutiger Sicht strikt gegen eine derartige Beteiligung sei und dass seine Fraktion dem SPD-Antrag nicht zustimmen werde.

Nachdem Herr Metz und Herr Knülle nochmals zum vorliegenden SPD-Antrag ihre Auffassungen dargelegt hatten, stellte der Bürgermeister den Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der folgenden Ergänzung: „... und unterstützt inhaltlich ausdrücklich diese Haltung.“ zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste daraufhin folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht des Bürgermeisters über die Benehmensherstellung hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlagesatzes zur Kenntnis und unterstützt inhaltlich ausdrücklich diese Haltung.“

einstimmig

7		Anträge der Fraktionen	
----------	--	-------------------------------	--

7.1.1	13/0257	Rekommunalisierung der Energieversorgung vs. Beteiligung des Kreises am privatwirtschaftlichen Energiekonzern SPD-Fraktion	FB 2 Bericht bis 11.11.2013
--------------	----------------	---	--

Auf die Aussprache zu diesem Antrag wird auf die Protokollierung zu TOP 6.1 verwiesen.

Da Herr Knülle beantragt hatte, dass über die Punkte 1 bis 3 des SPD-Antrages getrennt abgestimmt werden soll, lies der Bürgermeister über diesen Antrag wie folgt abstimmen:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin spricht sich gegen eine Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises als kommunale Gebietskörperschaft an dem an dem privatwirtschaftlichen Energiekonzern Rhenag aus. Der Kreistag wird aufgefordert, den bisherigen Vorschlägen der Kreisverwaltung nicht zu folgen und sich verstärkt für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in den Kommunen des Kreises einzusetzen.
2. Die Stadtverwaltung Sankt Augustin wird aufgefordert sich vehement gegen die Pläne der Kreisverwaltung zu stellen und sich der Forderung anderer Hauptverwaltungsbeamten anzuschließen, wonach die Bezirksregierung aufgefordert werden soll, die beabsichtigte Beteiligung zu untersagen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Sankt Augustin lehnt die Beteiligung der Stadt als Kreisangehörige Stadt über die Kreisumlage ab und beauftragt die Stadtverwaltung rechtliche Schritte gegen die mögliche Entscheidung des Kreistages zu prüfen und zu veranlassen.

zu 1.: 4 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion), 12 Nein-Stimmen

zu 2.: 4 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion), 12 Nein-Stimmen

zu 3.: 4 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion), 12 Nein-Stimmen

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

8		Anfragen und Mitteilungen	
----------	--	----------------------------------	--

8.1		Anfragen	
------------	--	-----------------	--

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

8.1.1	13/0154	Wiederverwertung gebrauchter Grabsteine SPD-Fraktion	FB 1
--------------	----------------	---	-------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

8.2		Mitteilungen	
------------	--	---------------------	--

Es erfolgten keine Mitteilungen.